



Ulla Jelpke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 71 252

FAX (030) 227 – 76 751

E-Mail ulla.jelpke@bundestag.de

22. März 2006

Pressemitteilung

NRW-Regierung: Aus Opfern der Neonazis werden Täter gemacht

Dem heute vorgestellten Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen zufolge hat die Zahl rechtsextremistischer Straftaten im Jahr 2005 zugenommen. Im Vergleich zum Vorjahr habe es eine Steigerung politischer Straftaten um 16 Prozent gegeben, führte Landesinnenminister Ingo Wolf aus. 2500 der insgesamt 3500 Delikte sind von Neofaschisten begangen worden. Hierzu erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Mitglied der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen:

Was fällt dem Innenminister Nordrhein-Westfalens zu diesen Zahlen ein? Der „Islamismus“. Die Gefahr, die von diesem ausgehe, sei zwar „abstrakt. Aber wir nehmen sie ernst“, verkündete er allen Ernstes.

Stattdessen sollte Herr Wolf besser die nicht abstrakte, sondern sehr reale neofaschistische Gefahr bekämpfen. 2500 neofaschistische Straftaten – das zeigt, dass der Neofaschismus kein Problem der Ostdeutschen ist. Auch in den Städten Nordrhein-Westfalens haben sich rechtsextremistische Kameradschaften breitgemacht und terrorisieren die Bevölkerung.

Doch so etwas läuft beim NRW-Verfassungsschutz offenbar unter „ferner liegen.“ Innenminister Wolf macht aus den realen Opfern der rechten Schlägertruppen – vorzugsweise Migrantinnen und Migranten – potentielle Täter: Er fordert die islamischen Organisationen zu „vertrauensbildenden Maßnahmen“ auf. Ich sage klipp und klar: Wenn jemand in der Pflicht steht, vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen, dann sind es jene Politiker, die den Neonazis ideologische Rückendeckung geben. Dazu gehören all jene CDU-Politiker, die mit absurdem Fragebogenaktionen und Leitkultur-Debatten rassistische Stereotype schüren!

Trotz zunehmender rechter Gewalt haben die NRW-Schlapphüte offenbar noch ausreichend Geld zum Verjubeln. Anders ist die anhaltende Beobachtung der Linkspartei.PDS nicht zu erklären. Indirekt räumte Wolf ein, dass auch die WASG beobachtet wird. Angesichts eines solchen Versagens wird es dringend Zeit, den Dienst aufzulösen! Die frei werdenden Gelder könnten dann in Programme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus fließen.